Das Märchen vom reichen Land: Wie die Politik uns ruiniert

Buch von Daniel Stelter

Was drin ist für dich: Eine kontroverse Analyse des deutschen Wohlstands.

Wir leben in Zeiten des Umbruchs. Da sind sich so ziemlich alle einig. Das demokratische Gefüge wackelt, und die traditionellen Volksparteien verlieren überall in Europa an Einfluss. Gleichzeitig verändern sich die Wirtschafts- und Arbeitswelt durch den technologischen Fortschritt so rasant wie noch nie. Das immense Ausmaß sowie die Geschwindigkeit dieses Umbruchs verschleiert den Rückstand Deutschlands, das sich gern reich und fortschrittlich wähnt, in Wirklichkeit aber auf den Kollaps zusteuert.

Das findet zumindest Daniel Stelter. Seiner Meinung nach hat die deutsche Politik mit ihrer verfehlten Sparpolitik in den Bereichen Bildung, Finanzpolitik und Migration versagt. Stelters Analysen sind kontrovers und mit Vorsicht zu genießen – aber gerade deshalb lesenswert.

In diesen Blinks erfährst du außerdem,

warum Deutschland sich endlich trauen muss, Schulden zu machen,
warum es kein gutes Zeichen ist, dass immer mehr Schüler Abitur machen, und
warum Deutschland ärmer und abhängiger ist, als man uns glauben macht.

Deutschland ist längst nicht so reich, wie es scheint.

Deutschland ist eines der reichsten Länder der Welt. Das ist zumindest die allgemeine Auffassung der Bevölkerung und die Botschaft, die diese täglich von Politikern und Journalisten suggeriert bekommt. Alles super also, oder? Beileibe nicht. Tatsächlich ist es alles andere als gut um die deutsche Wirtschaft bestellt.

VISIT…

LANZAROTE Caliente.COM

Auf den ersten Blick sehen die Zahlen prima aus: Die Arbeitslosigkeit geht seit Jahren zurück. Der Export boomt und auch die Binnenwirtschaft wächst. Das Bruttoinlandsprodukt ist zwischen 2010 und 2018 um satte 9,8 Prozent gewachsen, und selbst das Durchschnittseinkommen der Privathaushalte scheint dank niedriger Zinsen und hoher Produktivität zu steigen.

Ein Blick hinter die Kulissen offenbart jedoch ein ganz anderes Panorama. Deutschland hat noch ein paar gute Jahre vor sich, bevor die Lage richtig ernst wird. Wir werden die sich abzeichnende Entwicklung in den nächsten Blinks noch ausführlicher beleuchten. Doch steigen wir mit einem Problem ein, dass die Deutschen bereits hier und jetzt betrifft: die Mär vom hohen Einkommen.

Wir erinnern uns: Dein Einkommen ist das, was du verdienst. Das Vermögen ist das, was nach Abzug aller Steuern, Abgaben und Lebenshaltungskosten übrig bleibt. Dieses Vermögen kann auch Ersparnisse und Wertanlagen beinhalten. „Reich“ bist du der deutschen Politik zufolge bereits ab einem Jahreseinkommen von 54.000 Euro – ab dieser Summe wird nämlich der Spitzensteuersatz fällig. Natürlich bist du mit 54.000 oder auch 60.000 im Jahr ein Gutverdiener, aber reich?

In diesem Einkommensbereich tut der Spitzensteuersatz besonders weh. Denn obwohl Einkünfte dieser Höhe brutto erst einmal nach einer Menge Geld aussehen, bleibt unterm Strich nur wenig hängen. Tatsächlich reicht der Nettobetrag kaum aus, um nachhaltig zu sparen und Vermögenswerte für die Altersvorsorge zu bilden.

Laut Eurostat lag das deutsche mittlere Haushaltseinkommen, auch „Medianeinkommen“ genannt, 2016 mit 21.263 Euro deutlich unter dem seiner Nachbarn. Die Menschen in Dänemark, den Niederlanden und Luxemburg verdienten um einiges mehr.

Außerdem mussten die Deutschen 2016 im Durchschnitt 49,4 Prozent ihres Jahreseinkommens wieder abgeben. Damit

belegte Deutschland den zweiten Platz unter den OECD-Ländern. Nur in Belgien hatten die Menschen noch weniger Netto vom Brutto.

Die Politik stellt das natürlich anders dar. Schauen wir sie uns genauer an, die Märchen, mit denen die Politiker ihre Wählerinnen und Wähler bei Laune halten.

Deutschlands Paraderolle als Exportweltmeister macht es angreifbar und unbeliebt.

Deutschland ist stolz darauf, jedes Jahr aufs Neue Exportweltmeister zu werden. Titel sind wie Trophäen, mit denen man sich brüsten kann. Aber besteht dazu wirklich Anlass?

Deutschland erzielt regelmäßig den größten Handelsüberschuss aller Industrieländer. Es exportiert also wesentlich mehr Güter, als es importiert. Nehmen wir nur das Beispiel China: 2017 führte Deutschland Waren im Wert von 86 Milliarden Euro dorthin aus. 2008 waren es noch 34 Milliarden Euro.

Der stetige Anstieg wurde auch durch die Einführung des Euro begünstigt. Die Einheitswährung ist längst nicht so stark wie die ehemalige D-Mark, die die tatsächliche Produktionskraft der Bundesrepublik abbildete. Der Euro spiegelt hingegen die durchschnittliche Wirtschaftskraft sämtlicher EU-Länder wider.

Das hatte mehrere Nebenwirkungen. Während die Löhne in Staaten wie Griechenland überproportional zur tatsächlichen Produktivität stiegen, blieben sie in Deutschland eher niedrig. Dadurch konnten deutsche Unternehmen wirtschaftlicher produzieren und größere Überschüsse erzeugen. Die Frage ist nur, ob das auf Dauer erstrebenswert ist.

Deutsche Produkte sind seit jeher für ihre Qualität und Innovativität bekannt. Doch wenn das relative Lohnniveau weiter sinkt, leidet darunter zwangsläufig auch die Qualität. Auf lange Sicht könnte Deutschland sogar zu einem regelrechten Produktionsstandort für Billigwaren verkommen.

Hand in Hand mit der Währungsreform kam die Einführung des EU-Binnenmarkts. Der Wegfall der Aus- und Einfuhrzölle machte es für deutsche Unternehmen noch einfacher, ihre günstig produzierten Waren ins EU-Ausland zu exportieren.

Das Problem ist, dass sich Deutschland durch die großen Exportüberschüsse angreifbar und unbeliebt macht. Der Hintergrund: Die Abnehmerländer machen sich von den deutschen Exporten abhängig. Wer zu viel importiert, schwächt die eigene Wirtschaft. Das kostet Arbeitsplätze und Steuereinnahmen. Daher gibt es immer mehr Länder, die ihre Märkte durch protektionistische Maßnahmen wie Handelszölle und Importverbote schützen.

Donald Trump zum Beispiel hatte im Wahlkampf versprochen, die heimische Wirtschaft zu stärken. Seit seinem Amtsantritt droht er seinen Handelspartnern mit massiven Einfuhrzöllen, um seine Strategie durchzusetzen. Und genau das ist der springende Punkt: Deutschland ist davon abhängig, dass seine Waren gekauft werden. Der Think-Tank Bruegel berechnete, dass ein US-Importzoll von 35 Prozent auf deutsche Autos einen Umsatzverlust von etwa 17 Milliarden Euro verursachen würde.

China schlägt einen ähnlichen Kurs ein. Auch Peking will mehr auf die inländische Industrie setzen und seine Importe reduzieren. Gleichzeitig kaufen chinesische Investoren große Anteile an deutschen Unternehmen auf. Die deutsche Besessenheit vom Handelsüberschuss hat also nicht nur Vorteile. Deutschland wird seine Rolle in der Weltwirtschaft in Zukunft wohl oder übel überdenken müssen.

Deutschland vergibt hohe Auslandskredite, die unter Umständen nie zurückgezahlt werden.

Deutschlands wirtschaftliche Stärke macht es zu einem der wichtigsten Kreditgeber in der EU. Für diese Rolle gerät der Staat aber besonders im Inland immer wieder in die Kritik. Warum?

Der Grund ist, dass viele deutsche Steuerzahler zu Recht befürchten, dass die Kreditnehmer ihre Schulden nicht zurückzahlen werden. Seit der Einführung des Euro 2001 hatten auch wirtschaftlich schwächere Länder wie Griechenland Zugang zu niedrig verzinsten Krediten. Die gemeinsame Währung wurde derweil durch die wirtschaftlich starken Mitgliedstaaten gestützt.

Die neue Liquidität von Ländern wie Griechenland, Italien oder Portugal entsprach jedoch nicht deren Wirtschaftsleistung. Sie waren dennoch frei, das geborgte Geld in Wertanlagen wie zum Beispiel Immobilien zu stecken. Dann kam die Weltwirtschaftskrise 2008.

Es stellte sich heraus, dass zahlreiche EU-Staaten in den hoffnungslos aufgeblähten Immobilienmarkt der USA investiert hatten. Für die wirtschaftlich schwächeren Staaten wie Griechenland war das Platzen der Blase ein Desaster. Sie hatten keine Rücklagen, um die herben Verluste abzufedern, geschweige denn Kredite zu tilgen. Griechenland stand vor dem völligen Bankrott.

Brüssel schnürte gigantische Rettungspakete, um den Staatsbankrott abzuwenden. Die Angst war zu groß, dass sich die Zahlungsunfähigkeit eines EU-Mitglieds negativ auf die gesamte EU-Zone auswirken würde. Deutschland stand als einer der größten Profiteure des Binnenmarkts besonders in der Pflicht.

Stelter zufolge kaufte Deutschland im Zuge der Rettungsmaßnahmen viele faule Staatsanleihen – also Anleihen, bei denen wie im Falle Griechenlands mit einem hohen Ausfallrisiko zu rechnen war. Die Krux an der Sache: Je mehr solcher Anleihen Deutschland kaufte, desto stärker verstrickte es sich in fremde Schuldenkrisen. Es konnte und kann sich eine Pleite dieser Staaten nicht leisten.

Das Deutsche Institut für Wirtschaft berechnete, dass Deutschland allein in der Finanzkrise zwischen 400 und 600 Milliarden Euro verlor, weil diese in dubiosen griechischen und US-amerikanischen Krediten

steckten. Die Deutsche Bundesbank bestätigte 2016, dass die offenen Forderungen Deutschlands an internationale Schuldner über 8000 Milliarden Euro betrugen.

Das ist eine Menge Geld im Äther und bedeutet: Wenn sich Deutschland eine Chance auf die Rückzahlung seiner Kredite bewahren will, dürfen diese Länder keinesfalls bankrottgehen.

Deutsche Sparer werden mit ihren Formen der Vorsorge eher ärmer als reicher.

Betreibst du private Altersvorsorge? Falls ja und du in Deutschland lebst, dann steckst du dein Geld vermutlich in eine Lebensversicherung oder eine Riester-Rente. Das sind die beiden beliebtesten Anlageformen der Deutschen. Es gibt da allerdings ein Problem.

Wenn es nach Stelter geht, dann sparen die Deutschen falsch. Dem Statistikportal Statista zufolge haben die Deutschen im Jahr 2017 rund zehn Prozent des Haushaltsvermögens zur Seite gelegt – mehr als in den meisten anderen EU-Ländern. Gleichzeitig halten sie vergleichsweise wenig Sachwerte wie Immobilien. Über die Hälfte der Bevölkerung wohnt zur Miete.

Die meisten Deutschen legen ihr Geld in Sparbüchern oder Lebensversicherungen an. Oder sie investieren es in andere wenig rentable Anlagen. Dabei besteht die Gefahr, dass sie aufgrund der Inflation im Laufe der Zeit ihr Geld eher verlieren, statt es fürs Alter anzuhäufen.

Einer EZB-Umfrage zufolge verteilten die Deutschen ihr Vermögen 2016 ungefähr so: Von 100 Euro liegen 47 auf dem Girokonto. 24 Euro stecken in einer Pensionskasse oder Lebensversicherung und etwa 6,90 Euro in Aktien. Dabei bieten Aktien die mit Abstand größten Profitmargen. Lebensversicherungen bringen kaum noch Rendite, und wenn wir die Inflation berücksichtigen, verliert man dabei sogar.

Im Grunde war es für die Deutschen noch nie lohnender, zu investieren. Die Europäische Zentralbank fährt seit Jahren eine Niedrigzins- oder gar Nullzinspolitik. Da die Inflation die Schulden sukzessive reduziert, lassen sich auch größere Kredite in zehn oder zwanzig Jahren zurückzahlen. Dieses geliehene Geld könnten die Menschen in Immobilien oder andere Sachwerte investieren. Solche Geldanlagen haben einen real existierenden Gegenwert. Damit lässt sich wirklich für das Alter vorsorgen.

In Ländern wie Spanien, Griechenland und Italien ist es völlig normal, Kredite aufzunehmen. In Deutschland gilt es dagegen immer noch als Tugend, sich auf keinen Fall zu verschulden. Stelter fordert daher, deutsche Anleger sollten besser über die Renditen der einzelnen Anlageformen informiert werden. Es brauche mehr Aufklärung über die Nachteile von Riester-Renten und Lebensversicherungen.

Die schwarze Null der deutschen Finanzpolitik ist kein Erfolg, sondern ein Armutszeugnis.

Der deutsche Finanzminister Olaf Scholz verkündete 2019 sichtlich stolz, der Fiskus werde auch in diesem Jahr keine neuen Schulden machen. Am Ende stünde unter dem Bundeshaushalt erneut die „schwarze Null“. Doch der Prestigeerfolg ist nichts als Augenwischerei – und eine schwere Hypothek für die Zukunft.

Die schwarze Null kann nämlich nur deshalb erreicht werden, weil der Staat eine rigide Sparpolitik fährt. Er drosselt seine Investitionen und lässt dabei die Infrastruktur verrotten. Die Bundeswehr klagt seit Jahren über mangelhafte Ausrüstung. Von fliegenden Kampfhubschraubern und funktionaler Winterkleidung können viele Soldatinnen und Soldaten nur träumen.

Überall in der Republik verfallen die Autobahnen, Landstraßen und Brücken. Einer Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft zufolge war bereits 2017 knapp die Hälfte aller Autobahnbrücken sanierungsbedürftig. Viele müssten in der näheren Zukunft sogar

komplett ersetzt werden. Beim Thema Digitalisierung ist der Aufholbedarf sogar noch eklatanter. Alle sind sich einig, die Zukunft sei digital, aber 2018 waren lediglich zwei Prozent der deutschen Anschlüsse über Glasfaserkabel vernetzt.

Die schlechte Infrastruktur macht Deutschland zu einem weniger attraktiven Standort für Investoren. Wer will schon ein Unternehmen an einem Ort mit schwächelndem Internet aufbauen, an dem die E-Mail-Anhänge genauso schlecht durchkommen wie der Techniker auf der kaputten Bundesstraße?

Die schwarze Null macht Deutschland nicht zukunftsfähig. Im Gegenteil, sie klammert zahlreiche Verbindlichkeiten aus, die der deutsche Staat früher oder später begleichen muss. Die Politik geht gerne mit schönen Versprechen auf Wählerfang: Rente mit 63, höhere Renten generell, eine Mütterrente für Frauen, die wegen der Kindererziehung lange erwerbslos waren usw. Solche Maßnahmen können das Wohlbefinden der Menschen zwar im Hier und Jetzt steigern, sie sind aber nicht nachhaltig.

Der demografische Wandel ist unaufhaltbar. Im Jahre 2060 werden auf 100 Menschen im erwerbsfähigen Alter ca. 64 Rentner kommen. 2018 waren es noch 31. Der Wandel wird schon ab den 2030er-Jahren spürbar sein, wenn die Generation der Babyboomer in Rente geht.

Die Sozialmaßnahmen der Politiker werden also von einer Generation zukünftiger Erwerbstätiger getragen, die mit hoher Wahrscheinlichkeit selbst nichts mehr von ihnen hat. Und übrigens: Wenn man alle aktuellen Auslandsschulden, Kreditverbindlichkeiten und Zahlungsverpflichtungen für Rente und Sozialhilfe mitrechnet, beträgt die reale Staatsschuld der BRD 161 Prozent des BIP. So viel zur schwarzen Null.

Deutschland muss anders mit Geflüchteten und der Zuwanderung qualifizierter Fachkräfte umgehen.

Zu Beginn der Flüchtlingskrise 2015 war die Stimmung in Deutschlands überwiegend positiv. Die Medien berichteten von den vielen freiwilligen Helfern und dem Willen der Bevölkerung, jenen Schutz zu bieten, die vor Armut, Hunger und Krieg nach Europa flohen. Wie konnte die Stimmung in den Jahren danach so sehr kippen?

Stelter glaubt, die Euphorie habe die Probleme der Zuwanderung verkannt. David Volkerts-Landau, der Chefvolkswirt der Deutschen Bank, äußerte sich damals in einem Gastbeitrag für Die Zeit zuversichtlich: Die Zuwanderung vieler junger und qualifizierter Menschen sei wichtig für ein alterndes Land wie Deutschland.

Das ist laut Stelter zu optimistisch. Viele der damals geflüchteten Personen hätten entweder keine besonderen Qualifikationen mitgebracht, oder aber es scheitere an der Anerkennung ihrer Vorkenntnisse. Diese Menschen würden jahrelang keine Arbeit in Deutschland finden, was wiederum ihre Integration erschwere.

All das bedeute zusätzliche Kosten für den Staat. Geflüchtete haben in Deutschland ein gesetzliches Anrecht auf die Sicherung des Existenzminimums. Sie haben ein Recht auf soziale Absicherung und später auf eine Rente. Unterm Strich würde die Zuwanderung dieser Menschen also zumindest nichts gegen das ökonomische Problem der Überalterung bewirken. Das wäre nur der Fall, wenn sie durch ihre Arbeit das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen beeinflussten.

Deutschland müsse entsprechend an seiner Zuwanderungspolitik arbeiten. Zum einen müsse es für gelernte Fachkräfte aus aller Welt einfacher werden, nach Deutschland zu immigrieren. Nur so könne die deutsche Wirtschaft auf Dauer mit angelsächsischen Ländern wie den USA, Kanada oder Australien mithalten.

Zum anderen müsse die Zuwanderung an weitere Auflagen geknüpft werden. Deutschkurse sollten verpflichtend sein, und wenn die Integration in den Arbeitsmarkt nicht gelingt, sollten die

Zugewanderten im Gegenzug für Sozialleistungen gemeinnützige Aufgaben erfüllen.

Grundsätzlich aber sollte jeder Migrant das Recht haben, möglichst unmittelbar nach der Zuwanderung arbeiten zu können. Andernfalls sinke ihre Motivation – und ihre Aussicht – sich zu einem späteren Zeitpunkt erfolgreich zu integrieren. Die Entwicklungspolitik der Bundesregierung müsse außerdem darauf abzielen, die Zukunftsperspektiven in Herkunftsländern mit besonders hoher Abwanderung zu verbessern.

Fakt ist, dass die Zukunft weitere große Migrationsbewegungen bringen wird. Wir müssen uns früher oder später auf jeden Fall damit auseinandersetzen, wie wir damit als Volkswirtschaft umgehen wollen.

Auch das deutsche Bildungssystem hat dringenden Reformbedarf.

Das Land der Dichter und Denker: Deutschland beruft sich gern auf seine große intellektuelle Vergangenheit. Anno 2018 hatte die deutsche Bildung allerdings Nachholbedarf. Die berüchtigten PISA-Studien platzierten Deutschland bestenfalls im Mittelfeld der OECD-Länder. Was ist da los?

Zum einen gibt es starke Leistungsunterschiede zwischen den Bundesländern. Schulabgängern aus Bayern und Sachsen wird seit Jahren ein hohes Bildungsniveau attestiert, während die Berliner Schüler nach der Mittleren Reife und dem Abitur eher schlecht bei den Vergleichstests abschneiden. Die Studie IQB Bildungstrend von 2016 ergab außerdem, dass 34 Prozent der Berliner Viertklässler an den Mindeststandards für Rechtschreibung scheiterten. In Mathematik waren es 28 Prozent.

Die Dezentralisierung des Bildungssystems sorgt immer wieder für Probleme. Es gibt keine einheitlichen Regelungen zum Grund- und Oberschulsystem. In NRW beginnt das Gymnasium nach der fünften Klasse, in Berlin erst ab der siebten. Manche Schüler gehen

noch 13 Jahre zur Schule, während andere durch die G8-Reform schon nach der zwölften Klasse Abitur machen.

Vor allem aber gehen Anspruch und Realität auseinander. Auf der einen Seite steigt die Zahl der Kinder, die sich mit dem Schreiben, Rechnen und Lesen schwertun. Auf der anderen Seite ist ein regelrechter „Akademisierungswahn“ ausgebrochen. Die Deutschen wollen, dass ihre Kinder Gymnasien besuchen und anschließend studieren. Vieles deutet darauf hin, dass das Niveau des Abiturs dadurch immer weiter sinkt.

Der Qualitätsabfall und die kürzere Schulzeit sorgen dafür, dass zunehmend Studienanfänger mit eklatanten Defiziten an die Unis strömen. Immer mehr Universitäten bieten inzwischen beispielsweise Mathenachhilfe für Erstsemester an, deren Kenntnisse offensichtlich nicht ausreichen.

Wie also könnte das deutsche Bildungssystem reformiert werden? Zunächst einmal sollte die Bildungspolitik zentralisiert werden, um einheitliche Qualitätsstandards zu schaffen. Dabei könnte man sich zum Beispiel an Sachsen orientieren, dessen Schüler in Vergleichstests seit Jahren mit Spitzenleistungen glänzen.

Deutschlands Lehrpläne sollten sich zudem stärker auf mathematische und technische Kompetenzen ausrichten. Das würde die kommenden Generationen deutlich besser auf die Anforderungen eines zunehmend digitalisierten Arbeitsmarkts vorbereiten. Mathematik sollte die gesamte Schullaufbahn über Pflichtfach bleiben.

Deutschland sollte wieder stärker auf beide Wege der beruflichen Qualifikation setzen: das Studium und die Ausbildung. 2019 blieben erneut zahlreiche Ausbildungsplätze unbesetzt, während die Unis aus allen Nähten platzten. Dafür muss die Ausbildung aufgewertet und attraktiver werden.

Nachholbedarf gibt es übrigens auch in der Erwachsenenbildung. Beispiele für Anreize gibt es in Ländern wie Singapur, wo

Erwachsene ab 25 jedes Jahr einen Fortbildungsgutschein über 500 Singapur-Dollar erhalten.

Deutschland droht, die technologische Wende zu verschlafen.

Die Europäische Kommission veröffentlicht jedes Jahr einen Bericht zum digitalen Fortschritt innerhalb der EU: den European Digital Progress Report. Der deutsche Verwaltungssektor lag im Jahr 2017 mit Platz 18 auf den hintersten Rängen. Wie kann es die Wirtschaft besser machen?

Sie muss gerade in ihren Schlüsselsektoren stärker auf Technologisierung setzen. Stelters Meinung nach habe man die Autoindustrie inzwischen genug für ihren Abgasschwindel abgestraft. Natürlich sei der mutwillige Betrug an den Verbrauchern verwerflich. Faktisch aber sei die Branche nun einmal einer der größten Arbeitgeber der Republik.

Die Autoindustrie muss also nicht abgeschafft, sondern verändert werden. Sie muss intensiver in die Entwicklung alternativer Antriebstechnologien wie Zellstoffbatterien und Elektromotoren investieren. Nur so könne das Flaggschiff der deutschen Wirtschaft auch in Zukunft eine Schlüsselindustrie bleiben. Alles andere schade dem deutschen Wohlstand.

Das gilt im Grunde für alle Branchen und Technologien. Deutschland darf die Innovationen nicht anderen Wettbewerbern wie den USA oder Japan überlassen. Dafür ist es notwendig, sich von überholten Technologien zu verabschieden. Die klimaschädliche Kohleindustrie zum Beispiel ist unzeitgemäß und darf nicht länger subventioniert werden.

Die Gestrigkeit ist die Achillesferse der deutschen Wirtschaft. Ein Großteil der Bevölkerung sieht der automatisierten Zukunft mit Argwohn entgegen. Die Maschinen und Roboter würden im Laufe der Zeit bis zu fünfzig Prozent aller Arbeitsplätze im Land übernehmen. Dabei könnte man darin angesichts der Überalterung der Gesellschaft auch eine Chance erkennen!

Japan zum Beispiel steht vor denselben demografischen Herausforderungen. Dort haben die Menschen aber keine Angst vor dem technologischen Wandel – das Land will die Maschinen sogar zu einer tragenden Säule der Wirtschaft ausbauen. Der Umsatz der Roboterbranche soll sich laut Ministerpräsident Shinzo Abe in absehbarer Zukunft auf umgerechnet 18,9 Milliarden Euro verdreifachen.

Tatsächlich bietet die Technologisierung viele wertvolle Lösungen für die Probleme alternder Gesellschaften. Die Maschinen können all die Jobs übernehmen, die durch den Fachkräftemangel und die Überalterung der Gesellschaft unbesetzt bleiben.

All das bedeutet, dass es schlechter um Deutschland bestellt ist, als es scheint. Es bedeutet aber auch, dass sich unnötige Katastrophen abwenden lassen. Dafür braucht es allerdings die Bereitschaft, der Realität ins Auge zu sehen und unbequeme Entscheidungen zu treffen.

Zusammenfassung

Die Kernaussage dieser Blinks ist:

Deutschland ist nicht so reich, wie es scheint. Die BRD trägt ein hohes Risiko als Kreditgeber innerhalb der EU und verspricht ihren Bürgern Sozialmaßnahmen wie Renten, die auf Dauer nicht finanzierbar sind. Anstatt sich für seine Sparsamkeit zu brüsten, sollte der Staat mutig in seine Zukunft investieren: in analoge und digitale Infrastruktur, die Bildung und nachhaltige Technologien. Dafür braucht es aber den Mut zu realistischen und unbequemen Entscheidungen.